Einreichendes Amt/Sachgebiet: Stadtratsfraktion
Bearbeiter: SPD-Stadtratsfraktion

Drucksache-Nr. 158-21

Beschlussvorlage

Ausschuss	Datum	Ö	NÖ	genehm.	genehm. mit Änd.	abge- lehnt	zurück- gestellt
VWFA	09.09.21		X				
STR	30.09.21	X					

TA	VWFA	Stadtrat
<u>Beschluss-Nr.</u>	<u>Beschluss-Nr.</u>	<u>Beschluss-Nr.</u>

Anzeige-/ Genehmigungsbehörde:
Gesetzliche Grundlage der Anzeige-/Genehmigungspflicht:

Die Übereinstimmung der Satzung mit der EU-Dienstleistungsrichtlinie wird bestätigt:

Unterschrift Amtsleiter

Beteiligte Ämter und Sachgebiete:

siehe Stellungnahme der Verwaltung

Antrag zur Schaffung aller Voraussetzungen für die Durchführung von Gremiensitzungen als Videokonferenz

Der Stadtrat beauftragt hiermit die Verwaltung, bis zum Ende des Jahres 2021 alle Voraussetzungen zu schaffen, dass Gremiensitzungen (Stadtrat, Ausschüsse, Ältestenrat) per Videokonferenz möglich werden.

	Seite 1 von 2
--	---------------

Beratungsergebnis

Beschlussgremium: Stadtrat						Sitzung am: 30.09.2021	Legende
Einstimmig	Stimmen- mehrheit	Ja	Nein	Enthaltungen	Befangenheit	abweichender Beschluss (Rückseite)	STR SKS TA VWFA
							Stadtrat Schule, Kultur, Soziales Technischer Ausschuss Verwaltungs- und Finanzausschuss

Fortsetzungsblatt zur Drucksache		Seite 2
158-21		

Begründung/Sachdarstellung:

Die Notwendigkeit ergibt sich aus Erfahrungen seit Beginn der Corona-Pandemie. Es mussten mehrere Sitzungen ausfallen und zu anderen Sitzungen fehlten Stadträte, weil sie die Risikoeinschätzung des Oberbürgermeisters nicht teilten. Wie sich die Pandemie weiterentwickelt oder ob auch andere Gründe Videokonferenzen ratsam erscheinen lassen, ist derzeit nicht absehbar. Deshalb sollten wir vorbereitet sein.

Andernorts liegen zahlreiche Beispiele vor, wie erfolgreich mit Video-Konferenzen gearbeitet werden kann. Heutzutage sprechen weder technische noch rechtliche Argumente dagegen. Die Stadträte sind durch die Tablets bereits hinreichend ausgestattet.

Angesichts der bereits erfolgten Diskussionen sei auch noch erwähnt, worum es im Antrag nicht geht. Es geht nicht darum, Präsenzsitzungen ohne hinreichenden Grund zu ersetzen. Das diese "ein Ort gelebter Demokratie sind" (SR-Protokoll vom 27.05.2021) steht außer Frage; diese Tatsache tangiert das Anliegen des Antrages aber überhaupt nicht.

Es kann nicht erwartet werden, dass dann, wenn seitens der Verwaltung Hygienemaßnahmen als ausreichend bezeichnet werden, diese Einschätzung von allen Stadträten geteilt wird: Einmal kann es zweifelhaft sein, ob sie korrekt ist, zum anderen können individuelle Aspekte eine Rolle spielen, die von der Verwaltung gar nicht beurteilt werden können.

Anlagen:

- Anlage 1: Antrag der SPD-Fraktion
- Anlage 2: Stellungnahme der Verwaltung

Dr. Wilde Oberbürgermeister	Seite 2 von 2
--------------------------------	---------------